Was jüdische Musik alles sein kann

Werke des Exils beim Kammermusikfestival „Mizmorim“ / *Von Lotte Thaler, Basel*

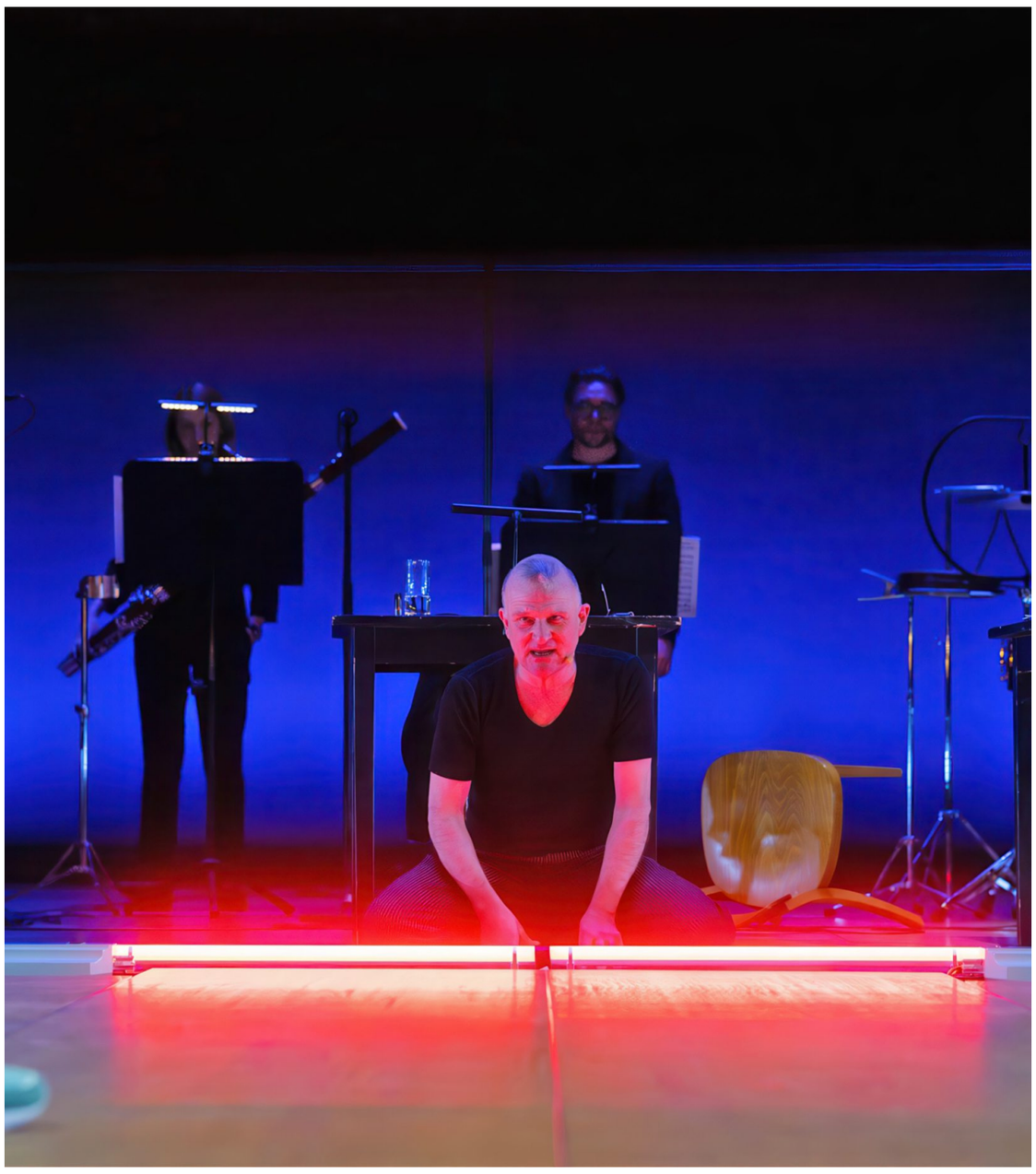
Dahinter stecken kluge Köpfe: die geballte Kompetenz einer Musikerin (die Klarinettistin und künstlerische Leiterin Michal Lewkowicz) und eines Musikers (der Geiger Ilya Gringolts), eines Wissenschaftlers und einer Wissenschaftlerin sowie des gesamten organisatorischen Managements. Dazu kommt eine Stadtgesellschaft, die sich mit ihren vielen Stiftungen finanziell und ideell beteiligt – und fertig ist das Kammermusikfestival „Mizmorim“ in Basel. Mizmorim, so viel wie Psalmen, singt das hohe Lied der Begegnung von jüdischer mit westlicher Kunstmusik. Und schon beginnen die Fragen: Gibt es überhaupt eine jüdische Musik, sofern sie nicht Synagogalgesang oder Klezmer ist? Ja, zum einen als Musik jüdischer Komponisten, zum anderen in jüdischem Kontext. Darunter können sich dann auch Werke nichtjüdischer Komponisten befinden, etwa das „Kaddish“ von Maurice Ravel oder das „Kol Nidrei“ von Max Bruch.

Die elfte Ausgabe des einzigen Kammermusikfestivals in Basel stand unter dem Motto „Exil“, und die Veranstalter legten großen Wert auf die Feststellung, dass dieses schon vor Ausbruch des Gazakrieges geplant war. „Mizmorim“ versteht sich nicht als politisches, sondern als musikalisch-kulturelles Festival, wobei sich politisch-historische Aspekte wie von selbst einstellen. In Basel kommt man gar nicht darum herum. Dort befindet sich das einzige jüdische Museum der Schweiz, dessen Besuch in das Festivalprogramm integriert war.

In Basel hielt Theodor Herzl seinen ersten Zionistenkongress ab, und am selben Ort, im Stadtcasino, wurde „Mizmorim“ mit einer eigenwilligen Aufführung von Igor Strawinskys in der Schweiz komponierter „Geschichte vom Soldaten“ eröffnet. Das Publikum saß selbst wie im Exil auf dem Balkon des Musiksaals, das Parterre war für Musiker, Sprecher, Tänzerin und Mischpult des Medienkünstlers Janiv Oron reserviert. Er kontrapunktierte Strawinskys Schlagkraft mit textbezogener Atmo und begleitete das Festival als Artist in residence weiter mit elektronischen Installationen.

Ferner ist der kommunikative Historiker Erik Petry, der am Basler Zentrum für jüdische Studien lehrt, Berater, „Society-Ambassador“ und Autor der Podcasts des Festivals. Zusammen mit Heidy Zimmermann moderierte er den Programmpunkt „Fluchtpunkt Film“, Ausschnitte aus Hollywoodfilmen der Jahre 1943/44 mit Musik der Emigranten Erich Wolfgang Korngold, Hanns Eisler, Kurt Weill, Ernst Toch und Mario Castelnuovo-Tedesco. Korngold revolutionierte die Filmmusik, indem er das große Sinfonieorchester und Wagner’sche Leitmotivik einführte, teilte aber mit Castelnuovo und Toch das Schicksal, nach dem Zweiten Weltkrieg in Europa „out“ zu sein.

Eine zweite Karriere, wie sie der Komponistin Ursula Mamlok nach ihrer Rückkehr 2006 aus New York nach Berlin gelang, war den wenigsten Exilierten vergönnt. Mamlocks Violinsonate (1989) gehörte mit dem vor Widerstand und Behauptungswillen nur so strotzenden „Trauergesang für die Juden, die in diesem Zeitalter umkamen“ (1943) des Frankfurter Komponisten Erich Itor Kahn und dem Antikriegsstück „October Sun“ (1974) für Singstimme und gemischtes Ensemble von Mark Kopytman zu den Schweizer Erstaufführungen.



Musik mit Ausstrahlung: Das Eröffnungskonzert des Festivals bot Strawinskys „Geschichte vom Soldaten“. Foto Liron Erel

Heidy Zimmermann wiederum ist wissenschaftliche Beraterin und Kuratorin an der Basler Paul Sacher Stiftung, in der auch der Nachlass zahlreicher jüdischer Komponisten liegt, darunter von Darius Milhaud, Stefan Wolpe, René Leibowitz, Arthur Lourié, György Ligeti und György Kurtág, Morton Feldman und George Rochberg. Das 1973 gegründete und 1983 mit dem Erwerb von Strawinskys Nachlass zur internationalen Forschungsstelle avancierte Institut ist sozusagen eine „Bank“ des Mizmorim-Festivals.

Zimmermann hatte anhand von Originaldokumenten in die Entstehungsgeschichte der „Geschichte vom Soldaten“ eingeführt, eine Koproduktion zwischen dem Komponisten, dem Waadtländer Schriftsteller Charles-Ferdinand Ramuz und dem Bühnenbildner René Auberjonois (der Großvater des amerikanischen Schauspielers). Und sie konnte sich einen kleinen Exkurs zu Strawinskys Haltung zum Judentum nicht versagen: er sei „ni boche, ni juif, ni social democrat“ (weder Sauschwabe noch jüdisch noch sozialdemokratisch), schrieb er Diaghilew empört, als ihn ein New Yorker Kritiker aufgrund seines Profils für einen Juden halten wollte. Was ihn wiederum nicht hinderte, später einen Kompositionsauftrag des Staates Israel anzunehmen.

Musikalisch steht und fällt „Mizmorim“ mit Ilya Gringolts. Der Geiger wirkte in allen Ensembles mit, im besten Einvernehmen mit dem Klarinettisten Reto Bieri in den explosiven „Contrasts“ von Béla Bartók und dem im deutschen Kriegsgefangenenlager entstandenen, immer wieder Gänsehaut erzeugenden „Quartett auf das Ende der Zeit“ von Olivier Messiaen. Ebenso vertraut ist er mit dem Freiburger Schlagzeuger Christian Dierstein bei Strawinsky und Kahn. Diersteins studentisches Schlagzeugensemble löste mit der Zugabe von Tochs gesprochener „Fuge aus der Geographie“ einen allgemeinen Lachanfall aus.

Mit seinem Bratschenpartner Lawrence Powers brachte Gringolts die Auftragskomposition „Zwei allein (wohin?)“ des in Leipzig lebenden israelischen Komponisten Hed Bahack zur Uraufführung – eine bogentechnische Zumutung im rasenden Dauertremolo –, und er brach mit seinem Quartett eine Lanze für den polnisch-israelisch-österreichischen Komponisten Roman Haubenstock-Ramati. Dessen zweites Streichquartett (1977) galt einhellig als Entdeckung dieses Festivals: ein Werk der Extreme mit einem brutalen, „Violente“ überschriebenen, geräuschhaften Mittelsatz, eingerahmt von zwei gespenstischen, mit Pizzikati, Flageolett- und Flautando-Effekten operierenden Kanons. Die Ecksätze schließlich, ein „Bittersüss“ und ein „Valse triste“, deuten auf den Anlass der Komposition: den Tod einer Wiener Ballerina.

Russland wieder klein machen

Die Ukraine sieht sich als Opfer einer langjährigen Moskauer Politik der Unterdrückung. Dafür findet sie Zustimmung unter Aktivisten russischer Minderheiten.

Der Begriff der Dekolonisierung hat kriegsbedingt in der Ukraine, aber auch bei Aktivisten ethnischer Minderheiten in Russland Konjunktur. Für beide bezeichnet er die Emanzipation aus langer Abhängigkeit. Doch auch die russische Propaganda nutzt ihn auf ihre Weise. „Make russia small again“ stand auf dem T-Shirt des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj, als er in einer Videoansprache im Herbst den westlichen Verbündeten für neue Militärhilfen dankte. Unter dem Schriftzug prangte eine Karte des moskowitischen Reiches von 1462, das nur einen kleinen Teil des heutigen Russlands umfasste.

Diese Umdeutung des Wahlspruchs des amerikanischen Präsidenten Trump wurde im Kreml spitz kommentiert. Die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, fragte Selenskyj auf ihrem Telegram-Kanal: „Klein wie was? Ach, wie die Kiewer Rus!“ Das war das Vorgängerreich des russischen, das einen kleinen Teil des heutigen Russlands und einen Teil der heutigen Ukraine umfasste. Dafür brauche man Kiew, schrieb Sacharowa, offenbar auf eine Rumpf-Ukraine anspielend. Im Dezember trug die litauische Sportlerin Kornelija Dūdaitė ein T-Shirt mit demselben Spruch bei der Weltmeisterschaft in Functional Fitness in Budapest und wurde dafür disqualifiziert.

In beiden Fällen prangerte ein Kleidungsstück mit dekolonialem Slogan das Machtstreben des russischen Präsidenten Putin an, der die imperiale Expansion unter den Zaren und unter der Sowjetmacht fortsetzt. Die Russen eroberten erst im sechzehnten und siebzehnten Jahrhundert weite Teile der heutigen Föderation – etwa die Gebiete östlich des Urals bis an den Pazifik. Bei ihren Eroberungen unterwarfen und russifizierten sie indigene Völker wie Jakuten, Ewenken und Burjaten, töteten diejenigen, die revoltierten, erzwangen Abgaben in Form von Fellen, oktroyierten ihnen das orthodoxe Christentum und die russische Sprache. Und gingen damit vor wie andere Kolonialmächte in Afrika, Asien und Südamerika.

In Russland interessiert die breite Öffentlichkeit sich freilich nicht für die eigene Kolonialgeschichte. Nur dekoloniale Aktivisten, die den kolonisierten Ethnien angehören, fordern die Autonomie ihrer Regionen, die Rückkehr zu ihren autochthonen Sprachen und Kulturen. Tatsächlich werden in der nordostsibirischen Republik Sacha, auch bekannt als Jakutien, Rohstoffe wie Öl, Gas, Diamanten gewonnen; doch dort ist von diesem Reichtum wenig zu spüren, er fließt nach Moskau. „Wie bei einem afrikanischen Land“, urteilt der jakutische Punkmusiker und Aktivist Aichal Ammosow gegenüber der F.A.Z. Nach Beginn der russischen Großinvasion in die Ukraine kam er für seine Flyer und Graffiti mit Botschaften wie „Yakutian Punk Against War“ und „Jakutien wird frei sein“ ins Gefängnis. Aufgrund eines internationalen Haftbefehls, den Russland wegen angeblicher „Anstiftung zu terroristischen Handlungen“ gegen ihn ausgeschrieben hatte, saß er ein Jahr in Kasachstan in Haft. Dorthin war er geflohen. Ende 2024 konnte er dank des Einsatzes von Menschenrechtlern nach Deutschland ausreisen.

Ammosow und andere Aktivisten fühlen sich von den prominenten russischen Oppositionellen nicht vertreten. Den Krieg in der Ukraine lehnen sie schon deswegen ab, weil überproportional viele Männer indigener Minderheiten aus abgelegenen Regionen dafür rekrutiert werden. Sie identifizieren sich mit den Ukrainern, die sie ebenfalls als Opfer des russischen Imperialismus betrachten. Dass diese Identifikation auch in die Gegenrichtung verläuft, bezeugt der voriges Jahr entstandene Kurzfilm „Where Russia Ends“ des ukrainischen Regisseurs Oleksiy Radynski. Fiktion und Dokumentation miteinander verschränkend, verarbeitet er die russische Kolonisierung Sibiriens und des Fernen Ostens. Nach dem Ende der Sowjetunion erklärten etliche der östlichen und nördlichen Regionen – Burjatien, Jakutien, der Autonome Kreis der Jamal-Nenzen – ihre Unabhängigkeit. „Es scheint, Russland endet dort“, kommentiert die Protagonistin in Radynskis Film die Ereignisse von damals. Freilich erkannte Moskau die Autonomie der Gebiete nicht an.

Unterdessen interessiert sich auch das offizielle Kiew für Russlands ethnische Minderheiten. Im Sommer 2023 rief das Parlament eine „Temporäre Spezialkommission zur Interaktion mit den indigenen Völkern Russlands“ ins Leben. Die zivilisierte Welt solle den Zusammenbruch Russlands anstreben, erklärte der Abgeordnete Jaroslaw Jurtschyschyn von der liberalen Partei Holos, der den Ausschuss eine „Making Russia small again“-Kommission nennt.

Der ukrainische Historiker Stephen Velychenko hat 2002 die damals knapp hundert Jahre alte Antikolonialismusdebatte in der Ukraine nachgezeichnet. Das Selbstverständnis als „Kolonie“ findet Velychenko schon 1911 und verstärkt in den Zwanziger- und Dreißigerjahren vor, als infolge von Lenins Politik der „Einwurzelung“ in der Ukraine ein neues Nationalbewusstsein entstand, das von Stalin erstickt wurde. Der Historiker weist darauf hin, dass auch um 1990, als die Ukraine ihre Unabhängigkeit erklärte, die meisten politischen Parteien die Ukraine als Kolonie Russlands bezeichneten. Die Merkmale einer Kolonie – die Ausbeutung von Rohstoffen durch eine Fremdmacht, politische wie kulturelle Unterjochung, Rassismus – sind freilich schwächer ausgeprägt, als es etwa in den asiatischen Sowjetrepubliken der Fall war. Kateryna Rietz-Rakul, die Leiterin des Ukrainischen Instituts in Deutschland, sagt gegenüber der F.A.Z., die Ukrainer seien von den Russen weniger entmenschlicht worden als etwa asiatische Völker; den Begriff der Kolonie für die Ukraine hält sie gleichwohl für angemessen. Sie treffe immer wieder auf das Klischee, die ukrainische Kultur sei nicht eigenständig. Das russische Imperium und die Sowjetunion hätten daran gearbeitet, Ukrainer an Russen anzugleichen, so Rietz-Rakul. Daher würden viele Ukrainer erst jetzt ihre Sprache und Kultur wiederentdecken.

Daher begrüßt Rietz-Rakul die „Dekommunisierung“, die Beseitigung sowjetischer Symbole und die Umbenennung von Straßen als Teil der dekolonialen Emanzipation. Sie begann mit dem Zerfall der Sowjetunion, als vielerorts im postsowjetischen Raum Lenin-Statuen gestürzt und sowjetische Symbole entfernt wurden – eine Entwicklung, die sich in der Ukraine infolge der Maidan-Revolution sowie Russlands militärischer Aggression intensivierte.

Der Architekt und Fotograf Oleksandr Burlaka kritisiert, mit dem Argument der Dekommunisierung würden Kunst und Architektur der Sowjetepoche pauschal abgewertet. Dabei hätten sich Architekten des Sowjetmodernismus an internationalen Trends orientiert. Ein Problem sei auch, dass Grundstücksentwickler die Dekommunisierung als Vorwand nutzten, um kommerzielle Bauprojekte auf Kosten von Denkmälern der Sowjetepoche umzusetzen. Burlaka bezeichnet das als „kleine Parallelinvasion“.

Zurzeit wird über das Schicksal des 35 Meter hohen „Regenbogens“ aus Titan im Kiewer Stadtzentrum diskutiert, dem voriges Jahr der Denkmalschutzstatus aberkannt wurde. Er war 1982 als „Bogen der Völkerfreundschaft“ erbaut und 2022 in „Bogen der Freiheit des ukrainischen Volkes“ umbenannt worden. Rietz-Rakul hätte nichts gegen eine Demontage, denn der Regenbogen glorifiziere nur die nicht existierende Freundschaft zwischen Russland und der Ukraine. Der Architekt Alex Bykov hingegen, ein Experte für sowjetische Baukunst, sagt, der Bogen sei abstrakt, unideologisch und umspiele an einem der Lieblingsorte Kiewer Bürger gekonnt die Stadtlandschaft. Bei einem anderen sowjetischen Titankoloss in Kiew, der 1981 errichteten Mutter-Heimat-Statue, wurde das Hammer-und-Sichel-Emblem 2023 durch den ukrainischen Dreizack ersetzt. Die Kunsthistorikerin Zhenya Moliar sagt, viele Ukrainer verbänden das sowjetische Erbe nicht mit der eigenen Vergangenheit, sondern mit der russischen Gegenwart. Das Kreml-Regime setze Sowjetisches mit dem Russischen gleich, und das dominiere den Diskurs.

Aber auch viele westliche Linke kultivieren ein romantisches Russlandbild, offenbar aufgrund der vermeintlich gerechteren Gesellschaft der Sowjetunion, und sind, wohl aus Antiamerikanismus, für russische Propaganda empfänglich. Bei der von der dogmatisch-linken Tageszeitung „Junge Welt“ am Jahresbeginn in Berlin organisierten Rosa-Luxemburg-Konferenz, die sich dem „Imperialismus im Niedergang“ widmete, saßen diplomatische Vertreter aus China, Vietnam, Kuba und Russland im Publikum. Schuld an der gegenwärtigen weltpolitischen Lage und auch am Krieg in der Ukraine, darin waren sich die Sprecher weitgehend einig, seien die US-Eliten, die NATO und „der Westen“, die die Weltherrschaft anstrebten. Der Chefredakteur der „Jungen Welt“, Nick Brauns, bezeichnete den Angriffskrieg gegen die Ukraine gar als „NATO-Stellvertreterkrieg gegen Russland“, eine in diesen Kreisen gängige Sicht.

In Osteuropa ernten solche Ansichten Spott. Der ukrainische linke Publizist und Soldat Taras Bilous bezeichnete westliche Sympathien für das autoritäre Russland als „Antiimperialismus von Idioten“. YELIZAVETA LANDENBERGER

Stunde null in Goma

Meine Erinnerungen an eine Stadt, die immer umkämpft war / *Von Hans Christoph Buch*

Es gibt Orte, die nie zur Ruhe kommen, als wären sie von der Natur und Geschichte verflucht. Haiti ist solch ein Ort, auch Gaza. Und Goma im Osten der Kongorepublik samt angrenzender Kiwu- und Ituriprovinz. Dort finden sich die weltweit größten Coltan-Vorkommen, ein für die Herstellung von Handys und Satelliten unerlässlicher Rohstoff, der, von Kindern gefördert, illegal nach Ruanda exportiert wird, das mit den Profiten seine Expansion finanziert: nicht nur die schlagkräftige ruandische Armee, sondern auch Milizen, die unter wechselnden Namen den Osten des Kongos destabilisieren, einen gescheiterten und zerfallenden Staat, in dem nur UN-Truppen den Anschein von Ordnung aufrechterhalten.

Das mag erklären, wie und warum die von Ruanda gelenkte M-23-Miliz Goma erobert und außer schlecht ausgerüsteten und demoralisierten Kongo-Regierungstruppen auch unbeteiligte Blauhelmsoldaten getötet hat. Doch das ist nur die Spitze des Eisbergs, ein schiefer Vergleich in Äquatornähe und das letzte Kapitel einer unendlichen Geschichte, die sich seit Jahren von selbst fortschreibt. Ich fange mit dem Augenschein an.

Aus dem idyllisch wirkenden Kiwu-See quillt Methangas in Blasen hoch, das Anwohner, Fischer und Badende mit dem Tode bedroht. Damit nicht genug: Hier begann der Sturz, nein, der Abgang des langjährigen Diktators Mobutu, der den Tätern des Genozids in Ruanda, der Hutu-Miliz, Obdach gewährte, bis sein Gegenspieler Kabila an der Spitze einer Banyamulenge genannten Streitmacht ihn aus dem Kongo vertrieb. Ruandas Armee rückte nach und zwang in grenznahen Lagern lebende Hutu-Rebellen zur Rückkehr nach Ruanda in einem endlosen, von den Medien dokumentierten Hunger- und Todesmarsch. 2002 brach der nahe gelegene Nyiragongo-Vulkan aus und Goma verschwand wie Pompeji in einem Lavastrom, der die Anwohner zur Flucht zwang und Hunderte unter sich begrub.

„Menschenleben zählen nicht“, sagte mir damals eine junge Mutter mit weinendem Baby im Arm, „nur Gorillas haben hier eine Überlebenschance.“ Sie verwies auf ein diesseits und jenseits der Grenze liegendes Naturreservat, das Geld in die Kriegskasse von Ruandas starkem Mann, Paul Kagame, spült.

2021 brach der Nyiragongo erneut aus, und es grenzt an ein Wunder, dass und wie die von menschengemachten Desastern und Naturkatastrophen geplagten Bewohner die Millionenstadt am Leben erhielten – ohne in Goma tätige Hilfsorganisationen und UN-Blauhelmsoldaten wäre das unmöglich gewesen. Das kleine Ruanda kontrolliert de facto den Osten des Riesenlands Kongo, das auf der Berliner Afrika-Konferenz 1884 Belgiens König Leopold zugeschanzt wurde – ein Völkermord im Zuge des Kautschuk-Booms mit zwei Millionen Toten war die Folge.

„Genießen Sie den Blick auf den Kiwu-See und die Berge“, sagte der Pressesprecher der Rebellen, als er bei der Einnahme der Stadt die Pässe der Journalisten konfiszierte. „Der Kongo ist befreit, und hierzulande braucht niemand einen Pass.“ Das war 1997, und erst als wir drohten, seine Worte an die große Glocke internationaler Medien zu hängen, bekamen wir unsere Pässe zurück.

Der Osten des Kongo-Staats ist wie ehedem der Wilde Westen ein Land ohne „law and order“, wo das Recht des Stärkeren gilt. Der Stärkere ist im Zweifelsfall Ruanda, das die Rebellen bewaffnet und finanziert. Auf der Fahrt von Goma nach Nord-Kiwu werden wir zufällig Zeuge, wie Kindersoldaten des RCD (Rassemblement Congolais pour la Démocratie) einen zwangsrekrutierten Jungen erschießen, der sich weigert, Lasten zu tragen, und zu fliehen versucht. Das Opfer ist selbst noch ein Kind: Vierzehn oder fünfzehn Jahre alt, liegt er in einer rasch größer werdenden Blutlache; der Atem geht stoßweise und steht dann ganz still.

Der Fahrer der Welthungerhilfe hat Angst, die Polster seines Landrovers zu beschmutzen, und wir beschließen, in der Nähe stationierte UN-Truppen zu informieren. Der Posten, ein Sikh mit Turban, spricht kein Englisch, und wertvolle Zeit vergeht, bis Oberst Ginesh, der Kommandeur von INDBATT 3, uns empfängt. Er will wissen, ob wir Kaffee oder Tee bevorzugen, wie in Berlin das Wetter ist und wer die nächsten Wahlen gewinnen wird. „Human life no value in Africa“ – mit diesen Worten verabschiedet er uns, ohne eine Patrouille loszuschicken. Eine Stunde später ist der Tote verschwunden, und die Anwohner raten uns, schnell weiterzufahren ohne Halt. Das war 2005, aber es könnte auch gestern oder heute passiert sein.

Hans Christoph Buch lebt in Berlin. Sein jüngster Roman, „Der Flug um die Lampe“, erschien in der Frankfurter Verlagsanstalt.

Dr. Günter Dreßler

* 6. Februar 1935 Köln † 4. Januar 2025 München

Requiem und Beerdigung fanden im engsten Familien- und Freundeskreis statt.

© Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt. Alle Rechte vorbehalten. Zur Verfügung gestellt vom Frankfurter Allgemeine ARCHIV